



Pressemitteilung

Nr. 07

München, den 25.02.2015

Bayerischer Lehrer- und
Lehrerinnenverband e. V.

Pressereferat

Bavariaring 37
80336 München
Postfach 15 02 09

Tel. 089/721001-28
Fax 089/721001-55
presse@blvv.de
www.blvv.de

Pressereferentin
Andrea Schwarz M.A.

Situation der Flüchtlingskinder weiterhin schlecht

Schulen werden mit dem Problem immer noch allein gelassen - über 800 pensionierte Lehrkräfte helfen dagegen ehrenamtlich / Schulleiter erwarten konkrete Hilfen

München - Die Situation ist für Flüchtlingskinder an Bayerns Schulen trotz zusätzlicher Klassen nach wie vor schlecht. Der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) hatte bereits im Oktober auf die zum Teil dramatische Situation hingewiesen, ein Notprogramm mit zehn Millionen Euro gefordert und einen umfangreichen Forderungskatalog mit detaillierten Handlungsanweisungen an die Staatsregierung gerichtet - getan hat sich seitdem aber nicht viel. „Der Kultusminister kündigte inzwischen immerhin an, die Anzahl der Übergangsklassen zu erhöhen, er hat den Lehrkräften Respekt für ihren Einsatz gezollt und eine Telefonhotline einrichten lassen - das reicht aber nicht“, kritisierte BLLV-Präsident Klaus Wenzel. „Bis zum heutigen Tag wurden weder zusätzliches Personal noch mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt.“ Noch immer könnten viele Schulleiter keinen Dolmetscher bezahlen, um wenigstens eine erste Kommunikation mit den zum Teil schwer traumatisierten Kindern sicherzustellen. Nach wie vor seien die Schulen nicht entsprechend ausgestattet, die Schülerzahl in den Übergangsklassen zu hoch - mit anderen Worten: „Die betroffenen Schulen sind seit Monaten auf sich alleine gestellt und improvisieren so gut es geht.“ Aktuell seien die Schulen nun auch mit zahlreichen Flüchtlingskindern aus dem Kosovo konfrontiert. Die meisten Familien würden abgewiesen, bis es so weit ist, besuche ein Teil der Kinder aber die Schule. „Das ist auch gut so“, sagte Wenzel, dennoch verschärfe dieser neue Zustrom die Situation an den ohnehin überlasteten Schulen weiter.

Wenzel warf der Staatsregierung vor, zu wenig für eine anspruchsvolle Willkommens- und Anerkennungskultur zu tun. „Manche Äußerungen von Kabinettsmitgliedern signalisieren eher Abschreckung und Ausgrenzung.“

Erfreulich sei dagegen, dass sich bei dem vom BLLV ins Leben gerufenen Projekt „Pensionierte Lehrkräfte helfen Flüchtlingen“ bislang weit über 800 ehrenamtliche Helfer gemeldet hätten. Das Projekt wurde im November 2014 in Regensburg gestartet - unterstützt von der Stadt Regensburg und von Martin Neumeyer, dem Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung. Pensionierte Lehrerinnen und Lehrer engagieren sich dabei ehrenamtlich und helfen erwachsenen Flüchtlingen bei der Bewältigung ihres Alltags. „Wir wollen damit



ein Zeichen setzen - und vor allem zeigen, dass wir nicht nur Forderungen stellen, sondern uns auch aktiv einbringen“, sagte Wenzel. Das hätte er sich aber auch von der Politik gewünscht.

Der Appell des BLLV Mitte Oktober war eindringlich und unmissverständlich: Schulen brauchen schnelle und unbürokratische Hilfe, um den Flüchtlingskindern helfen zu können. Sie stehen zum Teil von heute auf morgen vor den Schulen „mit Nichts“ in den Händen, sprechen kein Deutsch, sind teilweise traumatisiert von schrecklichen Kriegserlebnissen. Die Lehrerinnen und Lehrer sind auf diese Situation nicht vorbereitet. Viele wollen helfen, stoßen aber angesichts des unsagbaren Leids und der fehlenden Unterstützung an ihre Grenzen.

In dem Forderungskatalog, der in Form einer Petition im Herbst an den Landtag geschickt wurde, verlangen Lehrkräfte und Schulleitungen u.a. den Ausbau eines Dolmetschernetzes, eine bessere Ausstattung, mehr Schulsozialarbeiter, die Aufstockung der Mobilen Reserven und Möglichkeiten für Team-Teaching, d.h. in jeder Übergangsklasse sollte immer auch eine zweite pädagogische Fachkraft zur Verfügung stehen - das gleiche sollte auch für Regelklassen gelten, die von Flüchtlingskindern besucht werden. Die Übergangsklassen sollten von nicht mehr als 16 Schülern besucht werden. Weil Lehrerinnen und Lehrer angesichts des unvorstellbaren Leids nur begrenzt helfen können, fordern sie auch professionelle Kriseninterventionsteams sowie therapeutische Hilfen. Erneut wies Wenzel darauf hin, dass auch die derzeit zur Verfügung stehenden Materialien in keiner Weise den Ansprüchen gerecht würden. Sie müssten überarbeitet und den Erfordernissen angepasst werden.

Die Petition wurde im November von der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag abgelehnt. ♦